

Hartz-Schluss:

Wir laden ein zum bundesweiten
Aktionstag am 5. September

Weitere Informationen

<http://www.die-soziale-bewegung.de>



Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

e-mail : die-soziale-bewegung@web.de

Regionale Koordinierungsstellen

Berlin: Rainer Wahls, RWahls@web.de

Thüringen: Ottokar Luhn, info-gotha@offenesbuendnis.de

Brandenburg: Michael Maurer, m.m@dalichow-online.net

Karlsruhe: Helmut Woda, Helmut.Woda@web.de

Ostwestfalen/Lippe: Detlef Spandau, Detlef.Spandau@gmx.net

Gießen: Claudio Coladangelo, Teonacatl@web.de

Sachsen-Anhalt: Wolfram Altekrüger, W.Altekrueger@gmx.de

Vernetzungsbüro Göttingen/Kassel

Göttingen: Edgar Schu, E.Schu1@gmx.de, Tel. 0179 672 97 24

Kassel: Renate Gaß, R.Gass1@gmx.de, Tel. 0151 1539 0382

Wissenschaftliche Beratung

Peter Grottian, PGrottia@zedat.fu-berlin.de

Spenden: Kontonr.: 94 72 10 308, Postbank Hannover

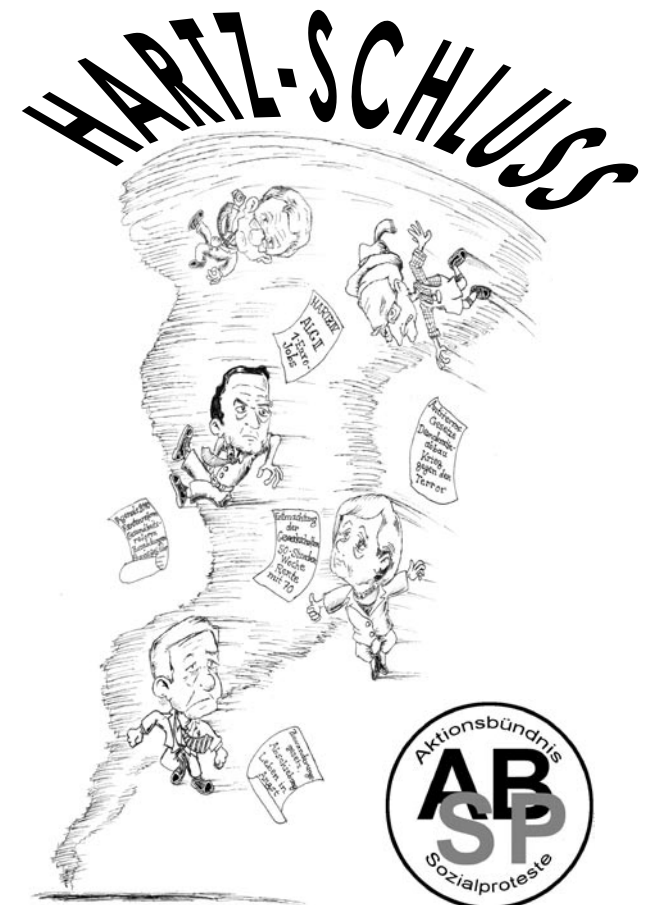
BLZ: 25010030, Konto-Inhaber: Edgar Schu

Stichwort: Aktionsbündnis Sozialproteste

Forderungen

- >> Einführung einer 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich – nur Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze!
- >> Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von 850,- € zuzüglich Warmmiete
- >> Abschaffung der 1-€-Jobs und Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit einem Stundenlohn von 10,- €
- >> Gesetzlicher Mindestlohn von 10,- €
- >> Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen

- >> **Notwendige Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von ALG II-Beziehern/innen:**
 1. **Von der zukünftigen Bundesregierung wird verlangt**, dass die Leistungen dem realen Bedarf entsprechen müssen. Kindergeld oder Unterhaltszahlungen dürfen nicht auf den Regelsatz der erziehenden Eltern, das Einkommen der Partner/innen oder Verwandten nicht auf den Regelsatz des Erwerbslosen angerechnet werden.
 2. **Gemeinden/Städte, (Land)Kreise bzw. Länder werden aufgefordert**, ungeachtet der Wohnungsgröße die Mietkosten zu übernehmen und auf Zwangsumzüge zu verzichten. Von den Kommunen wird erwartet, dass sie die Kosten der Krankenkassen übernehmen, wenn Betroffene aus dem Leistungsspektrum des Alg II fallen.
 3. **Eintrittspreise für eigenbetriebliche Kultur- und Freizeiteinrichtungen der Kommunen/Länder** sollen mit einem Preis von 1 € pro Monat auch erschwinglich für einkommensarme Menschen sein. Die Kommunen werden aufgefordert, mit den kommunalen Verkehrsbetrieben ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr auszuhandeln, die angemessen der ALG II-Bezüge ein Recht auf Mobilität sicherstellen.



5. September 2005
Bundesweiter Aktionstag

**Erwerbsarbeit verteilen -
6-Stunden-Normalarbeitstag!
Hartz-Gesetze zurücknehmen -
bedingungsloses
Grundeinkommen!
Gesetzlicher Mindestlohn!**

Der soziale Protest der letzten Jahre war erfolgreich und ist seit langem nicht mehr so breit in den gesellschaftlichen Schichten mitgetragen worden, auch wenn die Hartz-Gesetze nicht gekippt werden konnten.

Außer einem einsamen Superminister Clement verteidigt kaum noch ein Vertreter der Klasse der BerufspolitikerInnen das »Jahrhundertreformwerk«. Dass die Kanzler-SPD in sich gescheitert ist, hat mit unserem Widerstand zu tun.

Die Gesellschaft ist in einer Legitimationskrise. Ein Ausdruck davon ist die propagierte »Alternativlosigkeit« des Sozialabbaus der Hartz-Einheits-Parteien. In einer Situation der Angst der gefühlten Bedrohungen stellen sich eine »Kanzler-Agenda 2010« oder »Kanzler-Agenda Arbeit« (egal unter welchen Bedingungen) zur Wahl. Gleichgültig, welche sich durchsetzt oder beide in der Großen Koalition – wir haben keine andere Wahl, als durch einen nachhaltigen und dauerhaften Protest wieder ein politischer Faktor und Akteur der sozialen Selbstverteidigung der Menschenwürde zu werden.



Die soziale Frage wird im Mittelpunkt des vorgezogenen Wahlkampfes stehen. Schröder weiß, dass er nicht gewählt wird. Seine Reaktion auf die Wahlniederlagen seiner Politik ist die Verschärfung durch die CDU/CSU. Bevor die Wähler erkennen können, dass die CDU/CSU die Agenda 2010 noch rigoroser durchsetzen will, sind sie schon durch Schröders übereiltes Wahlmanöver im Amt und an der Macht. Wir wollen im Sinne einer direktdemokratischen Wahlintervention ein einzukalkulierender »Störfaktor« bei den Wahlkampfauftritten aller »Hartz-Einheits-Parteien« werden. Damit mit der »Linkspartei.PDS« die politische Geographie der Republik neu geordnet werden kann. So kann der Protest in den Schwerpunkt der jetzigen Medienberichterstattung kommen.

Es geht um die gesellschaftliche Perspektive eines Lebens in Sicherheit für alle Menschen. Dieser Wunsch vereint Erwerbstätige, die unter immer mieseren und unsicheren Arbeitsbedingungen leiden, Erwerbslose, die nicht länger von Ämtern schikaniert werden wollen, Frauen, die durch die sinnlosen Hartz-Gesetze zunehmend in ihre alte vom Mann abhängige Rolle zurück gedrängt werden, Behinderte, denen sämtliche Leistungen gestrichen werden und Flüchtlinge und Migranten, deren Aufenthaltsstatus durch eine immer rigoroser agierende Bürokratie gefährdet ist.

Nicht Antiterror-Gesetze und ein verschärftes Zuwanderungsgesetz, die die demokratischen Grundlagen unseres Gemeinwesens gefährden, schaffen Sicherheit, sondern wirkliche soziale Gerechtigkeit. Diese wollen wir gemeinsam einfordern.

Als ein Zusammenschluss der sozialen Bündnisse, Protestinitiativen und gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen geht es uns darum, Betroffene und solidarische Menschen zu aktivieren, uns und sie zu befähigen, die Verantwortung für ein »gutes Leben« selber in die Hand zu nehmen. Der konkrete Protest und Widerstand vor Ort braucht eine langfristige Perspektive für gesellschaftliche Bedingungen, die eine Antwort auf die Herausforderung der Armut geben; es braucht die Vision eines neuen »Sechs Stunden Normalarbeitstag« durch Arbeitsumverteilung, eines gesetzlich durchgesetzten Mindestlohns, und es bedarf eines bedingungslosen Grundeinkommens oberhalb des Armutsrisikos.



Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit gibt es zuhauf – und sie könnte auch gesellschaftlich bezahlt werden, wenn man die Verwaltungskosten der Arbeitslosigkeit (ca. 120 Mrd. Euro!) in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umschichtet.

Aktionen

Wahlkampfintervention

Störung von Wahlkampfveranstaltungen der Hartz-Parteien. Schließung von Wahlkampfbüros der vehementesten Hartz IV-Verfechter.

Begräbnis von Schröder, Clement, ...

Begräbniszereemonie auf dem Friedhof oder vor dem Ministerium

Hartz-Hearing

Zwischenbilanz mit Betroffenen, Erwerbslosen, Verantwortlichen aus ARGE, Arbeitsagenturen

Demonstration: Wir wollen sinnvoll arbeiten und menschlich bezahlt werden

Mit Schildern (z.B.): Ich würde gerne 30 h/Woche im Altenheim vorlesen für 10,-€ die Stunde.

Die Überflüssigen

treten bei Wahlkampfveranstaltungen auf oder sie essen im Nobelrestaurant

Arbeitsagenturen besetzen, Belagerung von oder Streiks bei 1-€-Job-Anbietern

durch Außenstehende bzw. durch die dort Beschäftigten.

Weitere öffentliche Aktionen:

Wahlprüfsteine als Mauer,

die dann zu Pink Floyds »The Wall« eingerissen wird.

Mehr Infos:

<http://www.die-soziale-bewegung.de>

